

LUKREZIA JOCHIMSEN

Tür ins Freie öffnen

DIE LINKE und das Netz

»Das Internet ist für *DIE LINKE* ein öffentliches Gut, die Netzinfrastruktur gehört unter gesellschaftliche Kontrolle und muss demokratisiert werden« – heißt es im neuen im Oktober 2011 verabschiedeten Parteiprogramm. In einem eigenen Abschnitt zur Netzpolitik werden die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung beschrieben und auch zentrale kulturpolitische Aufgaben benannt: »Mit der digitalen Technologie wurde der Zugang zu Wissens- und Kulturgütern geöffnet und erweitert. Ihr Verständnis als öffentliche Güter ist inzwischen alltäglich. Statt Nutzerinnen und Nutzer zu kriminalisieren, sind politische Lösungen für neue Vergütungsmodelle der Kreativ- und Kulturschaffenden zu entwickeln.

Das Internet kann als Plattform zur freien Selbstorganisation, zur Umgehung von Konzernzwängen und Meinungsmacht genutzt werden. Es ermöglicht allen, selbst kreativ zu werden und Gegenöffentlichkeiten zu schaffen. Wir unterstützen Nutzerinnen und Nutzer, denen es um die Freiheit geht, sich zu informieren und zu äußern.« (Vgl. Programm der Partei *DIE LINKE*. 2011)

Soweit das Parteiprogramm. Ich bin froh, dass ein solcher Abschnitt im Programm verankert wurde, hatte es doch auch bei uns lange Debatten darüber gegeben, welche Relevanz die digitale Revolution für unser Gesellschafts- und Politikverständnis hat und wie wir angemessen darauf reagieren müssten. Diese Debatte ist damit nicht abgeschlossen, aber es ist ein Zwischenstand erreicht, an den ich hier in meinem Beitrag anknüpfen möchte.

Vom Wert der Kreativität

Mich treibt beim Thema Digitalisierung insbesondere die Frage nach dem Wert von Kreativität und der Lage der Kreativen um. Zweifellos hat das Internet neue Möglichkeiten für Kreativität eröffnet und damit auch den Kreis derjenigen erweitert, die kreativ werden können. Wer ist ein Kreativer? Diese Frage stellt sich

neu und geht weit über den professionellen Bereich hinaus. Aber wie ist die Situation derjenigen, die von ihrer Arbeit im Kunst-, Kultur- und Medienbetrieb leben müssen? Welchen Einfluss hat die Digitalisierung auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen und ihre Verdienstmöglichkeiten? Wie wir aus einschlägigen Studien wissen, kann die Mehrzahl der Künstlerinnen und Künstler, namentlich die, welche freiberuflich und selbstständig arbeiten, nicht von ihrer Arbeit leben. (Vgl. Deutscher Bundestag 2007: 229 f. und 287 f.) Nun ist diese Situation nicht neu. Das ist so, seit sich der moderne »freie Künstler« im Verlaufe des 19. Jahrhunderts als Typus herausgebildet hat und daran hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert. (Vgl. ebd.: 234, Ruppert 2000) Es wäre also höchst unredlich, deren prekäre Situation primär auf das weltweite Netz und eine vermeintlich sich ausbreitende »Umsonstmentalität« bei seiner Nutzung zurückzuführen. Dennoch dürfen die Künstlerinnen und Künstler nicht die Verlierer einer Entwicklung sein, die zu radikalen Umbrüchen im System von Produktion, Verbreitung und Verwertung kultureller Güter führt. Diese Gefahr besteht. Für viele von ihnen hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Sie ist von zunehmender Arbeitsplatz-Unsicherheit sowie von schwankenden und geringen Einkünften gekennzeichnet. Als deutlicher Trend ist eine Abnahme der abhängigen, sozial abgesicherten Beschäftigungsverhältnisse bei gleichzeitig stetiger Zunahme der Selbstständigkeit und verschiedenen prekären Beschäftigungsformen auszumachen. (Vgl. Fonds Darstellende Künste 2010, Manske 2011, Manske/Schnell 2010, Haak 2008)

Um die Ursachen dafür herauszufinden, muss zweifellos mehr im Blick sein als der Zusammenhang von Netz und Kulturproduktion, haben wir es hier doch mit einem tiefgreifenden Wandel der Arbeitsgesellschaft und einer weltweiten Krise des Finanz- und Wirtschaftssystems zu tun. Die Folgen zeigen sich auch im Kulturbereich – mit dem Abbau von öffentlicher Infrastruktur, von Arbeitsplätzen und Fördermöglichkeiten und mit zunehmender Privatisierung. Wer die Lage der Kreativen verbessern will, muss dieses Gesamtsystem im Blick haben. Er muss sich für den Erhalt und die Ausgestaltung öffentlicher Infrastruktur und Kulturförderung und den Ausbau der Sozialsysteme einsetzen. Er muss für Mindeststandards bei der Honorierung sowohl im öffentlichen als auch im freien Bereich streiten und für ein modernes Urheberrecht. Das ist der Ansatz der Linken.

Allein auf das Urheberrecht zu setzen wäre genau so verfehlt, wie es abschaffen zu wollen. In einer Gesellschaft, die auf der Marktwirtschaft und der Ware-Geld-Beziehung beruht, ist meiner Auffassung nach ein funktionierendes Urheberrecht unverzichtbar. Es muss dann allerdings auch den Anspruch einlösen, die Urheber angemessen an der wirtschaftlichen Verwertung ihrer Leistungen zu beteiligen. Diesem Anspruch wird es derzeit nicht gerecht, deshalb setzen wir uns für eine grundlegende Reform des Urheberrechts ein. Das geltende Urheberrecht stößt im Zeitalter der Digitalisierung an Grenzen. Seine Schutzfunktion für die Urheber kann es immer weniger entfalten. Auf Verbote und Sperrungen zu setzen ist aber der falsche Weg. Ein modernes Urheberrecht soll unserer Auffassung nach

zum einen die Urheberinnen und Urheber in ihren Ansprüchen gegenüber den Verwertern stärken, zum anderen den Zugang zu Wissen und Information zum größtmöglichen gesellschaftlichen Vorteil regeln. Es muss zeitgemäß zwischen Urheber-, Nutzer- und Verwerter-Interessen vermitteln. Unsere Positionen und Forderungen haben wir jüngst in einem Positionspapier und dem Antrag »Die Chancen der Digitalisierung erschließen – Urheberrecht umfassend modernisieren« (Bundestags-Drs. 17/6341) zusammengefasst. Zum Schutz der Urheber wollen wir das Urhebervertragsgesetz durchsetzungsfest gestalten, *Total-buy-out*-Verträge verbieten und die Selbstorganisation wie auch die kollektive Vertretung der Urheber stärken. Die Urhebervertragsrechtsreform von 2002 soll evaluiert werden und entsprechend den Handlungsempfehlungen der *Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«* in ihrer Umsetzung überprüft werden. (Deutscher Bundestag 2007: 267)

Eine Kriminalisierung einzelner Nutzer ist abzulehnen. Vielmehr sollte die Entwicklung neuer Vergütungs- und Abrechnungsmodelle vorangetrieben werden. Das ist aus meiner Sicht derzeit der entscheidende Punkt. In diesem Zusammenhang sollten alle derzeit diskutierten Modelle oder praktischen Versuche – von der »Kulturflatrate«, über die vom *Chaos Computer Club* vorgeschlagene »Kultur-Wertmark« bis zu neuen Micropaymentmodellen vorurteilsfrei geprüft werden und zwar so schnell wie möglich. Also: Meine Bitte an alle Kampfhähne für oder gegen das Urheberrecht im parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum lautet, den ideologischen Streit einzustellen und sich auf praktikable Vorschläge zur Verbesserung der Rechtssituation zu konzentrieren.

Letztlich geht es auch über das Urheberrecht hinaus um einen neuen Gesellschaftsvertrag. Er sollte die Kreativität möglichst vieler und die Teilhabe aller am kulturellen Reichtum im Netz ermöglichen und zugleich sichern, dass professionelle Kreative von ihrer Arbeit leben können und sozial abgesichert sind. Auch ich meine, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen viele der sozialen Probleme der Kreativen lösen könnte. Eine Lösung für die angemessene Vergütung ihrer erbrachten Leistungen aber ist es nicht, das möchte ich deutlich festhalten. Und das ist auch keine Lösung für den Schutz der Urheberpersönlichkeitsrechte. Denn über die Vergütung hinaus geht es um die Anerkennung des ideellen Werts kultureller Leistungen. Gerade in einem System, das von immer einfacherer Reproduzierbarkeit und großer Fluktuation von Informationsgütern geprägt ist, wird die ideelle Wertschätzung kreativer Arbeit noch wichtiger als zuvor. Deshalb setzen wir uns als Linke auch für den Erhalt der Urheberpersönlichkeitsrechte ein. Urheber müssen auch weiterhin Möglichkeiten haben, sich gegen Entstellungen ihrer Werke zu wehren.

Die Öffentlichkeit als »Schaumgebirge«

Mit großem Interesse habe ich in de *Kulturpolitischen Mitteilungen* den Beitrag von Gerhard Schulze auf dem diesjährigen Kulturpolitischen Bundeskongress der

Kulturpolitischen Gesellschaft zum Strukturwandel der Öffentlichkeit gelesen. Insbesondere seine Thesen zur Marginalisierung und Auflösung der bürgerlichen Öffentlichkeit und Kunstidee in einem »Schaumgebirge, bestehend aus zahllosen kleinen Bläschen« ohne Zentrum und Stil prägende Relevanz (Schulze 2011, auch abgedruckt in diesem Jahrbuch) rühren in der Tat nicht nur an den Leitideen bürgerlicher Kultur sondern auch an der Legitimation darauf bezogener Kulturpolitik – wie Norbert Sievers im selben Heft zurecht anmerkt (Sievers 2011: 28). Mit dem Siegeszug des Internets vollende sich nun geradezu galoppierend die Erosion der alten Schemata der Kunstwahrnehmung und Kunstkommunikation, ein »Verfall«, der sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bereits andeutete – konstatiert Gerhard Schulze. Das ist wohl so. Allerdings sehe ich diesen Vorgang nicht als Verfall, sondern als eine Demokratisierung mit großen Chancen. In diesem Punkt teile ich auch seine Schlussfolgerungen. Die Frage für mich aber ist, ob damit Distinktion, Kritikerpápste und Kanon tatsächlich gänzlich obsolet werden? Brauchen wir so etwas wie Kunstkritik und Kanon noch? Brauchen wir die Kunstinstitute, wenn sie gar keine prägende Kraft mehr entfalten? Und brauchen wir noch Künstlerinnen und Künstler, wenn doch jetzt alle Schöpfer werden? Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Institutionen weiterhin brauchen wie auch die Künstlerinnen und Künstler. Wir brauchen sie für unsere Selbstverständigung als Gemeinwesen und auch als maßstabsetzende Orientierungsgrößen. Aufgabe von uns Kulturpolitiker/innen ist es, zum einen die entsprechenden Rahmenbedingungen für sie im digitalen Zeitalter zu schaffen und uns zum anderen offensiv in die öffentliche Debatte um kulturelle Werte und Leitbilder einzumischen – als Teil dieser neuen Öffentlichkeit. Meine Beobachtung ist, dass wir die Kultureinrichtungen, Theater, Museen und Bibliotheken, nicht mühsam von der veränderten Situation überzeugen müssen. Das wissen diese längst und haben in verschiedener Weise neue Modelle erprobt, damit umzugehen. Die Bringschuld sehe ich vielmehr auf der Seite der Politik, die endlich für veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen sorgen muss, zum Beispiel durch Neuregelungen für verwaiste Werke. Die Fraktion *DIE LINKE* hat hierzu mit dem »Gesetzentwurf zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes – Digitalisierung vergriffener und verwaister Werke« (Bundestags-Drs. 17/14661) – und auch dem Antrag »Die Digitalisierung des kulturellen Erbes als gesamtstaatliche Aufgabe umsetzen« (Bundestags-Drs. 17/6096) Vorschläge gemacht und auch die Bereitstellung der entsprechenden finanziellen Mittel für die Digitalisierung gefordert.

Und ich möchte doch anmerken, dass es, wenn wir von der Digitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche reden, immerhin neben der digitalen auch weiterhin die analoge Welt gibt. Es findet doch nicht alles nur noch im Netz statt. Es scheint auf noch mehr Vielfalt und auf ein Nebeneinander verschiedener Produktions- und Verbreitungsformen hinauszulaufen – auf das *E-Book* neben dem Buch und nicht stattdessen. Und natürlich auf gegenseitige Beeinflussung. Und wir können auch unter den neuen Bedingungen auf Verlage und die Vielfalt von Pro-

duzenten und Dienstleistern in der sich geradezu stürmisch entwickelnden Kultur- und Kreativwirtschaft nicht verzichten. Auch sie brauchen wir. Sie haben Teil an der materiellen und kulturellen Wertschöpfung. Das ist jedem klar, der nicht an einem überholten auf einen einsamen werkschaffenden Künstler zugeschnittenen Kunstverständnis festhält. Den einsamen Künstler im Atelier gibt es zwar auch heute noch, insgesamt aber ist Kulturproduktion ein hochkomplexer arbeitsteiliger Prozess mit vielen Akteuren im öffentlichen, frei-gemeinnützigen und privaten Sektor – von Alleinselbständigen und kleinen Warenproduzenten bis zur großen Industrie. Das können und wollen nicht alle die *User* alleine machen und das kann auch der ebenfalls wachsende Sektor nichtkommerzieller Kultur- und Wissensproduktion (mit aktueller, oft freier Software, *Blogs*, *Wikis*, Fotoportalen u. a.) nicht alleine leisten. Dieser nichtkommerzielle Sektor verdient unsere besondere Aufmerksamkeit und auch unsere Förderung, sollte aber keineswegs überschätzt werden. Er tritt neben die bestehenden Formen kultureller Arbeit und professioneller Kunstproduktion, ersetzt sie aber nicht. Auch die privaten Produzenten und Dienstleister sind gegenwärtig dabei, ihre Rolle neu zu bestimmen. Wir als Politiker/innen sind gefordert, sie dabei zu unterstützen. Also: Kein Grund für Untergangsstimmung.

Tür ins Freie

Es liegt mir aber fern, den Umbruch, der sich mit der Digitalisierung vollzieht, kleinzureden. Vielmehr sehe auch ich die kulturellen Potentiale der Digitalisierung. Sie bestehen in einer Öffnung des Zugangs zu Wissens- und Kulturgütern, der Vernetzung von Kommunikation und einer emanzipatorischen Erweiterung der Möglichkeiten jedes Einzelnen, selbst kreativ zu werden. Was sich hier andeutet an Möglichkeiten zur Teilhabe und selbstbestimmten Entwicklung aller, an Chancen für Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung, das weist über die bestehende Gesellschaft hinaus. Das kann eine Tür ins Freie sein. Wir als Linke halten an der Vision einer Gesellschaft fest, in der die freie und gleiche Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Die Weichen dafür, ob das Netz seinen Teil dazu beitragen kann, dieser Vision ein Stück näher zu kommen, werden jetzt gestellt.

Jene, die sich von dieser Entwicklung bedroht fühlen, die auf eine Verschärfung des Urheberrechts zum Schutz des geistigen Eigentums drängen, eine patriarchal gedachte Verbots- und Bewahrpädagogik pflegen und sich an vermeintlich ubiquitär erforderlichen staatlichen Sicherheits- und Kontrollbefugnissen orientieren, wollen das Netz nach ihren Vorstellungen formen – zur Durchsetzung von technischen und juristischen Kontroll- und Eigentumstiteln. *DIE LINKE* tritt dementsgegen für die Offenheit des Netzes, für die Vielfalt der Netze und für kulturelle Vielfalt ein.

Literatur

- Deutscher Bundestag (2007): *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«*, Berlin: Bundestags-Drs. 16/7000
- Fonds Darstellende Künste (Hrsg.) (2010): *Report Darstellende Künste*, Essen: Klartext-Verlag
- Haak, Caroll (2008): *Wirtschaftliche und soziale Risiken auf den Arbeitsmärkten von Künstlern*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Manske, Alexandra (2011): *Kreative als neue Unternehmertypen. Zum erwerbsstrukturellen Wandel der Kultur- und Kreativwirtschaft am Beispiel der Designwirtschaft. Abschlussbericht für die Hans-Böckler-Stiftung Berlin*, Juli 2011 (Manuskript)
- Manske, Alexandra/Schnell, Christiane (2010): »Arbeit und Beschäftigung in der Kultur- und Kreativwirtschaft«, in: Böhle, Fritz/Voß, G. Günter/Wachtler, Günther (Hrsg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Programm der Partei *DIE LINKE*. (2011), beschlossen auf dem Erfurter Parteitag am 23. Oktober 2011, verfügbar unter www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderpartei-dielinke (letzter Zugriff 8.11.2011)
- Ruppert, Wolfgang (2000): *Der moderne Künstler. Zur Sozial- und Kulturgeschichte der kreativen Individualität in der kulturellen Moderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Schulze, Gerhard (2011): »Strukturwandel der Öffentlichkeit 2.0. Kunst und Publikum im digitalen Zeitalter«, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Heft 134 (III/2011), S. 36–43
- Sievers, Norbert (2011): »thema: netz.macht.kultur. Kulturpolitik in der digitalen Gesellschaft«, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Heft 134 (III/2011), S. 28